

Kredite können helfen, Ertragsausfallentschädigungen helfen besser

Engagement in der Corona-Krise

Bern. – Die Frühjahrsession der eidgenössischen Räte wurde nach zwei Wochen abgebrochen. Ständerat Beat Rieder und Nationalrat Philipp Matthias Bregy haben sich bis dann für Investitionskontrollen bei der Übernahme von Schweizer Unternehmen und für einen vernünftigen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative eingesetzt, nun geht es darum die Corona-Krise zu bewältigen.

Bereits zu Beginn der Frühjahrsession hat der Nationalrat die Konzernverantwortungsinitiative und die verschiedenen Konzepte eines Gegenvorschlags diskutiert. Nationalrat Philipp Matthias Bregy hat sich an der Seite von Bundesrätin Karin Keller-Sutter für einen klar formulierten und wirtschaftsverträglichen Gegenvorschlag eingesetzt. «Der von Ständerat Rieder lancierte Gegenvorschlag bekämpft Kinderarbeit und präsentiert Lösungsansätze für die Konfliktmineralien, ohne in der Schweiz eine international nicht abgestimmte, neue Haftungsnorm zu begründen», so Nationalrat Philipp Matthias Bregy. Die Initiative wie auch der ursprüngliche Gegenvorschlag schwächen den Wirtschaftsstandort Schweiz. Dies bestätigen nicht nur Wirtschaftsverbände wie economiesuisse, sondern auch der Bundesrat. Im Rahmen der nationalrätlichen Beratungen hat der von Ständerat Rieder lancierte Gegenvorschlag immer mehr Zuspruch, wenn auch – anders als im Ständerat – noch keine Mehrheit erhalten. Über Erfolg oder Misserfolg entscheide nun die Einigungskonferenz, so Ständerat Beat Rieder, der gemeinsam mit Nationalrat Philipp Matthias Bregy angehört. *Affaire à suivre.* Den Erfolg eingefahren hat Ständerat Beat Rieder bereits mit der Motion zur Einführung von Investitionskontrollen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat mit 96 zu 82 Stimmen die entsprechende Motion des Walliser Ständerats bejaht. «Gerade die aktuelle Krisensituation zeigt», so der Motionär Beat Rieder, «dass wir nicht alles nach China verkaufen sollten.»

Der Erfolg ist umso beachtlicher als dass er noch vor der eigentlichen Corona-Krise zustande gekommen ist. Es ist davon auszugehen, dass die Motion aufgrund der Erfahrung der letzten Wochen weiteren Zuspruch erhalten wird.

Ertragsausfall entschädigen

Seither stehen die Debatten aufgrund der Corona-Krise still. Sowohl Ständerat Rieder als auch Nationalrat Bregy begrüßen jedoch die baldige Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit.

Der Bundesrat habe rasch eine gute Richtung eingeschlagen, stimmen die beiden Parlamentarier der CVPO überein, so sei die rasche und unbürokratische Gewährung der Kredite sicher begrüssenswert. «Entscheidend ist aber», führt Bregy aus, «dass vor der jeweiligen Rückzahlung des Kredits der Ertragsausfall mit der Schuld verrechnet werden kann.» Die fehlenden Erträge bei den einzelnen Unternehmen müsse mit der gesprochenen Hilfe ebenfalls ausgeglichen werden, sonst würden früher oder später die Gelder für Investitionen fehlen oder noch schlimmer, neue Liquiditätsengpässe entstehen.

Gerade am Beispiel der touristischen Unternehmen oder selbständigen Gewerbebetriebe kann man sehen, dass man auf die Erträge dringend angewiesen ist und Kredite alleine nicht reichen. Für Nationalrat Bregy ist daher klar, dass auch die Ertragsausfälle zu entschädigen sind. Damit kann die Krise kurzfristig überwunden werden, mittelfristig braucht es



Ständerat Beat Rieder und Nationalrat Philipp Matthias Bregy begrüßen eine baldige Aufnahme der Session, um sich weiter in der Corona-Krise zu engagieren.

neue, langfristige Instrumente wie einen Investitionsfonds.

Investitionsfonds

Ständerat Beat Rieder plädiert schon länger für die Schaffung eines staatlichen Investitionsfonds. «Gerade die aktuelle Corona-Krise hat gezeigt, dass in der Schweiz ein wirksames Instrument wie ein Staatsfonds fehlt», so Rieder. In Zusammenarbeit zwischen Bund und Nationalbank müsse daher für die Zukunft ein Investitionsfonds geschaffen werden, der in der normalen Lage zur Finanzierung der Infrastruktur und in Krisenzeiten zur Finanzierung von Sofortmassnahmen dient.

Gerne hätte Ständerat Beat Rieder den Vorschlag noch in der Frühlingssession hinterlegt, was aufgrund des Abbruchs nicht mehr möglich gewesen ist. «Ich werde den Vorstoss aber in einer der nächsten Sessionen einreichen», so Ständerat Beat Rieder, «der Fokus der nächsten ausserordentlichen Session wird aber auf der kurzfristigen Bewältigung der Corona-Krise sein.» Mit dem Klimafonds ist Rieder bereits einmal ein

grosser Wurf gelungen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Idee des Investitionsfonds ebenfalls umsetzen lässt. Gerade die Berg- und Randregionen dürften davon profitieren. Im Zentrum steht dabei stets die gute Grundversorgung.

Grund- & Eigenversorgung stärken

Die aktuelle Krise hat die Bedeutung der Grundversorgung nochmals unterstrichen. Das Gesundheitswesen ist dabei besonders in den Vordergrund gerückt, aber auch bei der Landwirtschaft und der Industrie hat sich gezeigt, je weniger wir vom Ausland abhängig sind, desto besser können wir reagieren. «Schauen Sie sich doch einmal die Bedeutung von Spitalern wie dem Spitalzentrum Oberwallis oder die wichtige Funktion von Hausärzten und Apotheken an», so Nationalrat Bregy. Ihre lokale Verankerung sei wertvoll, gerade in Krisen. Und Ständerat Rieder bringt es auf den Punkt: «Wir müssen wieder selbständiger und unabhängiger werden in der Schweiz.» Die Aufgaben für unsere Vertreter in Bundesbern sind damit klar.

KOLUMNE

HEUTE VON ...



BEAT RIEDER

[Zelpst]

Sechs Buchstaben, oft als Partikel verwendet, bedeutungsvoll aber vor allem in Kombination: «Selbst». Selbständig, selbstbestimmt, selbstbewusst und selbstverantwortlich. Positive Worte, geprägt von Stärke und Autonomie. Genauso wie die Nomen Selbsthilfe und Selbstversorger.

Was irgendwo tönt wie «Home-schooling» ist eine Auseinandersetzung mit uns selbst und zwar sowohl als Individuum wie auch als Gesellschaft. Die aktuelle Corona-Krise unterstreicht dies deutlich. Selbstgeschaffene Abhängigkeiten, von der Wirtschaft und noch mehr vom Ausland, machen uns manövrierunfähig. Die am Zoll zurückgehaltenen Materiallieferungen sind hierfür exemplarisch. Wir haben der Gewinnoptimierung und der internationalen Vernetzung wegen viel unserer Selbständigkeit geopfert. Dabei würde uns gerade jetzt diese Selbständigkeit helfen. Aspirin aus der Schweiz, Schutzmasken aus dem Pflichtlager, Pflichtlager? Wahrscheinlich schütteln Sie dabei genauso den Kopf wie beim Notvorrat, denken dabei an verstaubte Alubüchsen, Einmachgläser und Metallkisten. Ging mir bis vor wenigen Tagen auch so, das heisst, ging mir teilweise so. Die Abhängigkeit vom Ausland ist mir schon lange ein Dorn im Auge. Meine Motion für Investitionskontrollen soll den auch verhindern, dass Schweizer Unternehmen nicht einfach so an ausländische Staatsfonds verschleudert werden können. Desinfektionsmittel von der Lonza in Visp, Beatmungsgeräte von Hamilton in Bonaduz. Stellen Sie sich einmal vor, hier hätten auch ausländische Investoren das Sagen. Aber auch unsere Pflichtlager müssen wieder gefüllt werden. Kritiker mögen zwar monieren, das sei konservativ, ein Rückfall in den Kalten Krieg. Mag sein. Aber es rettet Leben, gerade in einer Krise wie der aktuellen. Was helfen uns die billigeren Schutzmasken am Zoll? Nichts! Schlichtweg nichts! Und glauben Sie nur nicht, jemand würde in Krisen der Schweiz helfen. Im Gegenteil, es wird unsere Hilfe erwartet. Und so wird das «Selbst» bei der Aufarbeitung der Krise weiter an Bedeutung gewinnen. Sechs Buchstaben für mehr Stärke und Eigenständigkeit.

Übrigens gibt es auch die seltene Eigenschaft der Selbstlosigkeit. Und hier ist heute ein Dank angebracht für alle Menschen, die sich selbstlos in den den Dienst unseres Landes und unserer betroffenen Bevölkerung stellen. Das ist nicht Selbst Verständlich!!!

Bleiben Sie gesund.

Ihr Beat Rieder
Ständerat

Neues VS Steuergesetz – ein guter Kompromiss

In der Märzsession hat der Grossrat seine Arbeit am neuen Walliser Steuergesetz abgeschlossen. Das Resultat ist wie so oft ein Kompromiss. Doch es ist ein guter Kompromiss. Die Ziele der CVPO waren es dabei, die Standortattraktivität unseres Kantons zu stärken, unseren Unternehmen und

orte sein. Das ist für unsere KMU eine äusserst gute Nachricht. Sehr gerne hätte die CVPO auch bei der Kapitalsteuer nachgebessert. Damit hätten wir die Wirtschaft noch mehr stärken und das Gesamttranking des Kantons etwas besser aufpolieren können.

Als sehr schwierig zeigten sich die Verhandlungen über die Grundstücksteuer auf den industriellen Katasterwerten. Scheinbar haben alle Parteien endlich erkannt, dass es sich dabei um ein wirtschaftsfeindliches Ünding handelt, welches kein anderer Kanton ausser dem Wallis kennt. Diese Steuer bestraft Unternehmen, welche in unserem Kanton investierten und damit Arbeitsplätze schaffen. Deshalb war schon bei der ersten Lesung eine Mehrheit dafür, diese Steuer beim Kanton abzuschaffen. Leider fehlte diese Konsequenz auf Stufe Gemeinde. Ich habe grosses Verständnis für die finanziellen Bedenken der Gemeinden. Mit der nun beschlossenen 10-Jahres-Frist für die Abschaffung dieser systemwidrigen Steuer bei den Gemeinden wurde ein guter Kompromiss gefunden. Die CVPO hatte dem Grossrat eine Lösung angeboten, wie die Gemeinden jährlich fast 9 Millionen Franken einsparen könnten, und zwar ab sofort und nicht erst in 10 Jahren. Leider haben gerade diejenigen Parteien, welche sich nun als die Beschützer der Gemeinden aufspielen, diesen Vorschlag abgelehnt. Schade.

«Der Kanton Wallis wird weiterhin einer der steuergünstigsten sein.»
Mischa Imboden, CVPO Vizepräsident



insbesondere den Klein- & Mittelbetrieben bessere Rahmenbedingungen zu bieten, dabei aber trotzdem die Finanzkraft des Kantons und der Gemeinden nicht übermässig zu strapazieren.

Obwohl die anderen Kantone nachgebessert haben, wird das Wallis dank der reduzierten Steuer auf Gewinne bis CHF 250'000 auch zukünftig einer der steuergünstigsten Stand-

Hausärzte und Sterbehilfe als Zankäpfel

Die Revision des Gesundheitsgesetzes wurde leider zu oft nur auf einen Artikel reduziert, mit dem sich gut politisieren liess.

Nichtsdestotrotz hat die CVPO zur Unterstützung der so wichtigen Hausärzte konkrete Vorschläge in den Grossrat gebracht. So etwa eine zwingende Mitfinanzierung des Kantons an Pilotprojekten der ärztlichen Grundversorgung wie es die Hausärztliche Notfallpraxis Oberwallis (HA-

Ärztlernotstand ausrief, nur schwer verständlich. Bereits heute gibt es Regionen im Oberwallis, in denen Hausärzte keine neuen Patienten mehr annehmen. Nebst der Erhöhung der im Kanton Wallis sehr tiefen Taxtpunktwerte, für die der Staatsrat zuständig ist, muss nun langsam auch das Parlament erwachen. Eine Möglichkeit wäre ein Masterplan für die ärztliche Grundversorgung im Wallis.

Das eingangs erwähnte «pièce de résistance» der Gesetzesrevision, Artikel 18a, die assistierte Sterbehilfe in den Alters- und Pflegeheimen, wurde mit Genugtuung der CVPO aus dem Gesetz gestrichen. Die CVPO war – im Gegensatz zu anderen Slalom-Fraktionen – von Anfang an für die Streichung dieses Artikels. Die CVPO vertritt in dieser Frage eine liberale Haltung. Wir wollen weder ein Verbot noch eine Regelung in diesem so persönlichen Bereich. Die Politik hat sich hier nicht auch noch einzumischen. Übrigens ist es jetzt schon so, dass im Kanton Wallis über 50% der Alters- und Pflegeheime einen assistierten Freitod zulassen. Diese Zahl wird wahrscheinlich zunehmen. Jede Institution soll das für sich selbst prüfen und soll zu nichts verpflichtet werden.

Im Grossen und Ganzen ist die CVPO mit der Revision des Gesundheitsgesetzes zufrieden, auch wenn zur Unterstützung der Hausärzte noch mehr gemacht werden könnte.

«Für die Unterstützung der so wichtigen Hausärzte muss im Wallis mehr gemacht werden.»

Aron Pfammatter, CVPO Grossrat und Fraktionspräsident



NOW) oder Ärztezentren darstellen. Die Mehrheit des Parlaments stellte sich hier und bei anderen Vorschlägen der CVPO allerdings gegen die Hausärzte. Dies ist in Zeiten, in denen die Walliser Ärztesgesellschaft den